

Flugblatt

Nr. II.

Wo hinaus?

Wenn wir im gewöhnlichen Leben aus der notwendigen Ruhe, oder aus der geregelten Lebensordnung und gebotenen Arbeit des Tages plötzlich aufgeschreckt und zu außergewöhnlichen Leistungen aufgefordert werden, so fragen wir mit Recht: woher die brennende Eile, wozu die Ueberstürzung? Nichts war daher natürlicher, als daß die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung der Neuwahlen zum 30. Juli unter den obwaltenden Verhältnissen allgemeine Ueberraschung hervorrief und man sich fragte: giebt es jetzt wirklich nichts Dringenderes zu thun, nichts, was die ernste Lage der Verhältnisse gebieterischer fordert?

Nach einem kurzen Zwischenraume war auf das erste Attentat ein zweites, noch rückselloser gefolgt; Entsetzen, Jörn und Abscheu hatten die ganze Nation im Tiefsten erregt; bange Sorge um das theure Leben des geliebten Kaisers alle Gemüther erfüllt und vor aller Augen den Abgrund bloßgelegt, in welchen die staatsfeindlichen Umtriebe der Socialdemokraten die gesammte bürgerliche Gesellschaft zu stürzen trachteten. Welcher Gedanke lag in diesem Augenblick näher, als derjenige, die Vertreter der Nation zusammenzuberaufen, damit sie in einmüthigen Zusammenwirken mit der Regierung berathen und beschließen, was die Lage des Reiches erfordere und mit welchen Mitteln der vorhandenen und den noch drohenden Gefahren rasch, entschlossen und wirksam vorzubeugen sei?

Statt dessen wirft die Regierung in die hochgehende Erregung der Gemüther, welche dringend der Sammlung und Beschäftigung bedarf, ein neues Element der Beunruhigung, indem sie mit dem Aufruf zum Wahlkampf in einer ohnehin türenisch bewegten Zeit alle Gegenläufe der politischen Strömungen zu erneuten Haber anreizt, anstatt alle auf dem

Boden des Staates wirkenden Kräfte zum einträchtigen Schutze der gefährdeten gesellschaftlichen Ordnung und Sicherheit zu vereinigen!

Und das Alles zu einer Zeit, welche ungünstiger zu wählen, kein Menschenwitz im Stande gewesen wäre! Inmitten der heißesten Tage des Jahres, während der Landmann durch die Erntearbeit, der Städter durch notwendige, oder doch lange vorher beschlossene Abwesenheit, der Beamte durch den, auf bestimmte Zeit eingeschränkten Urlaub von der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten abgehalten ist, bringt die unerwartet ausgeschriebenene Neuwahl Anruhe und Verwirrung in alle Lebenskreise und beeinträchtigt mannigfache, ohnehin durch die Ungunst der Zeit daniederliegende Erwerbsverhältnisse.

Frülich giebt die Regierung für ihr, wie sie wohl selbst fühlt, besprechliches Verfahren, einen Grund an, indem sie geltend macht, nach der Abstimmung vom 24. Mai habe sie von der Majorität des Reichstages nicht die erforderliche Unterstützung bei einer neuen Vorlage zur Abwehr der sozialdemokratischen Agitationen erwarten können! Dagegen ist die einfache und durch Nichts zu besitzigende Thatsache festzuhalten, daß der Hauptredner in der Debatte vom 24. Mai ausdrücklich hervorgehoben hat, daß alle Parteien mit der Regierung einig seien in der Erkenntniß der Nothwendigkeit, den sozialdemokratischen Ausschreitungen entgegen zu treten. Die Einwendungen gegen den vorgelegten Gesetzentwurf hatten daher nichts gemein mit der der Majorität untergeschobenen Abweisung, ein wirksames Gesetz zu vereinbaren; der Widerspruch richtete sich vielmehr ausschließlich gegen die Unzulänglichkeit des in überfügender Hast eingebrachten und nach dem allgemeinen Urtheil durch-

aus unzureichenden Entwurfs. Die Vorlage der Regierung wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt, abgelehnt nicht nur von den Nationalliberalen, sondern auch von Mitgliedern der, der Regierung so nahe stehenden frei-conservativen Partei, abgelehnt, nachdem sie eingebracht worden, ohne daß das ihr bevorstehende Schicksal der Regierung einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, was auch aus der ganzen Art der Verteidigung klar ersichtlich war.

Andererseits unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, daß der Reichstag sofort nach seiner nochmaligen Einberufung bei der, durch das zweite Attentat wesentlich veränderten Sachlage, der Regierung die verlangten Vollmachten zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Ausschreitungen bereitwillig und im weitesten Umfange gewährt haben würde. Dafür spricht die bisherige Haltung der nationalliberalen Partei den Sozialdemokraten gegenüber, dafür sprechen die ausdrücklichen Erklärungen der hervorragenden Nationalliberalen — es ist mithin klar und zweifellos, daß die Ablehnung des Gesekentwurfs nicht der zwingende Grund für die Auflösung des Reichstags war, und dieser Thatfache gegenüber hat jeder Wähler sich die Frage vorzulegen: wo hinaus will die Regierung mit den Neuwahlen?

Die Antwort auf diese Frage liegt nahe genug: die Regierung will sich eine Majorität sichern, auf deren unbedingte Willfährigkeit sie für ihre sonstigen Pläne rechnen kann. Wer also bei der Wahl seine Stimme nach Pflicht und Gewissen abgeben will, wird sich darüber klar sein müssen, ob er nicht bloß das will, was mit Ausnahme der Sozialdemokraten Alle wollen — nämlich energische Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Untriebe, — sondern ob er

außerdem noch alles dasjenige will, was die Regierung während der dreijährigen Dauer des zu wählenden Reichstages zu fordern beabsichtigt. Der gewissenhafte Wähler wird sich sagen müssen, daß er sich zu entscheiden hat, zwischen seinen bisherigen Vertretern, zwischen den Grundsätzen, welche die Richtschnur ihres politischen Handelns war und zwischen den zum Teil unbekanntem, aber unabweisbar folgenschweren Maßnahmen der Regierung. Er wird sich sagen müssen, daß die Stimme, die er abgibt, mit entscheidet über die Gestaltung unserer nächsten Zukunft. Sie entscheidet:

ob die freirechtlichen Institutionen, auf denen die dauernde Einigung und Wohlfart des Deutschen Reiches beruht, sich in besonnener und stetiger Entwicklung immer lebensvoller gestalten, oder den Angriffen feindlicher Elemente preisgegeben werden sollen,

ob die Nation mit hunderten von Millionen neuer Steuern belastet werden soll, ohne daß dieser neuen Belastung des entsprechenden Erleichterung oder gerechtere Verteilung des Steuerdrucks die Waage hält,

ob ein blühender Industriezweig, durch den hunderttausende fleißiger Arbeiter ernährt werden, zu Gunsten eines Monopols vernichtet werden soll,

ob auf dem Gebiet der Zoll- und Handelspolitik neue Wege eingeschlagen werden sollen, deren letzte Ziele noch völlig unbekannt sind, —

ob mit einem Worte die Vertreter des Volkes Männer von freisinnigen Grundsätzen, unabhängigem Sinne und treuer Hingebung an das wahre Interesse des Landes sein sollen, oder lediglich Instrumente des Willens der Regierung, auf die Voraussetzung hin, gewählt, zu Allen, was die Regierung wollen wird, Ja und Amen zu sagen?